

Kulturpolitik und politische Kultur

Eine Agenda für die neue Legislaturperiode

Was könnten Kultur und die Künste für eine neue Bundesregierung bedeuten?

Kultur und Künste haben im Sondierungspapier für die anstehenden Koalitionsverhandlungen immerhin einen Platz gefunden. Das spiegelt die in den letzten Jahrzehnten gewachsene Bedeutung der Kultur auf Bundesebene. Die Einführung des „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur“ wie schon die Einrichtung des Kulturausschusses des Deutschen Bundestags waren wichtige Schritte, einer sich verändernden Verfassungswirklichkeit Rechnung zu tragen. Diesem Veränderungsprozess ist die Bundesrepublik Deutschland insbesondere infolge von Globalisierung und Digitalisierung auch im Bereich der Kulturpolitik ausgesetzt. Er macht deutlich, dass außer den Städten und Regionen und neben den Ländern auch der Staat als Ganzes eine kulturpolitische Verantwortung trägt.

Dennoch kann man mit dem nun Gesagten nicht zufrieden sein: Bisher war die Praxis des / der Kulturbeauftragten der Bundesregierung geprägt von zahlreichen Projekten und durchaus beachtlichen Erfolgen. Das entsprach den Möglichkeiten dieser von Kulturstaatsminister/innen geführten Einrichtung. Trotzdem konnte sie auch in der vergangenen Legislaturperiode nicht wirklich ‚erwachsen‘ werden. Erst ein eigenständiges Ministerium für Kultur wird in der Lage sein, auf Augenhöhe mit allen anderen Bundesministerien über Strategien und Ziele der Politik zu verhandeln, Prioritäten zu setzen und Kultur als eine zukunftsorientierte staatliche und europäische Gestaltungskraft zu positionieren.

Kulturpolitik bedeutet mehr, als Gelder zu verteilen und repräsentative Großprojekte zu ermöglichen. Als gestaltende Kraft wirkt sie aktiv mit an der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Gegenwart. Kulturpolitik handelt zugleich fundamental und innovativ, bewahrend und bereit zur Veränderung, wenn sie die Demokratie und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland selbst als tragende und treibende Kulturleistung begreift.

Das Ideal ist, dass ein/e Bundeskulturminister/in sich nicht nur für die Kultur *im* Land zuständig fühlt, sondern auch für die Kultur *des Landes*, der Bundesrepublik Deutschland. Das ist nicht zu verstehen als die übliche ressortbezogene Alleinzuständigkeit (sowohl gegenüber den anderen Politiken wie gegenüber der Gesellschaft). Aber als die führende, andere auch herausfordernde und verpflichtende Verantwortung im Kabinett für die Kultur des Landes. Das muss der Anspruch des Kulturellen sein.

Was zu tun ist

Kulturpolitik in Deutschland muss mehr leisten als die Förderung von Kunst und Literatur oder auch deren Bewahrung vor Zensur, wirtschaftlichem Druck und Unterhöhnung des Urheberrechts. Sie fördert die Künste um ihrer selbst willen und weil diese zu den freien und innovativen Ausdrucksformen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zählen. Die Zuständigkeit der Kulturpolitik reicht jedoch weit darüber hinaus in alle Segmente gesellschaftlicher Entwicklungen. Es wird von ihr erwartet, dass sie – genuin angelegt für Innovation – neuen Entwicklungen mit Offenheit und Erfindungsgeist begegnet, zu Veränderungen bereit ist und dem Fremden mit Interesse und einem Angebot zur Integration gegenübertritt.

So dient eine dialogbereite Kulturpolitik der Entwicklung des Einzelnen wie der des gesellschaftlichen Miteinanders und stärkt damit die Demokratie. Sie tut dies auch, indem sie Strukturen einer politischen Streitkultur ausbildet für die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes, die in den anstehenden Debatten insbesondere über Klimawandel, Bevölkerungsentwicklung, gesellschaftliche Inklusion, Gender-Gerechtigkeit, Digitalisierung oder Migration dringend gebraucht wird. Eine auch zwischen den politischen Ressorts vermittelnde Kulturpolitik wird sich vom alltäglichen Zank durch ihre Sprachkultur unterscheiden. Sie wird bestrebt sein, die kulturellen Aufgaben der Außen- und der Innenpolitik stärker miteinander zu verbinden.

Kultur und Kulturen

Die Aufnahme von Flüchtlingen und die damit einhergehenden Ängste vor Überfremdung haben in Deutschland eine unbeholfene, eher abwehrende als erhellende Diskussion zum Thema ‚Leitkultur‘ entfacht, die es versäumt hat, lokale, regionale, nationale und europäische Aspekte einer kulturellen Identität der Bürgerinnen und Bürger miteinander zu vereinen. Migration ist eine Grundkonstante menschlichen Lebens. Die Weltgeschichte und auch unsere deutsche Geschichte sind ohne Völkerwanderungen, Vertreibung, Flucht, Emigration und Exil nicht zu denken. Versöhnung und Verantwortung gegenüber der Geschichte sind eine bleibende kulturelle Aufgabe. In der gegenwärtigen Situation bedarf es der aufgeklärten Reflexion des Eigenen und der Beschäftigung mit dem zunächst Fremden: Es bedarf der Toleranz, des Respekts und des Mutes zur Offenheit. Das sind Tugenden, die man im interkulturellen Dialog auch vom jeweiligen Gegenüber erwarten darf.

Mit dem Humboldt-Forum, das in dem Papier der zukünftigen Koalitionäre gar nicht erwähnt wird, hat die Bundesrepublik Deutschland ein erfreuliches Zeichen gesetzt, sich kulturpolitisch der Welt und ihren gegenwärtigen Problemstellungen zuzuwenden.

Deshalb müssen die Strukturen der Verantwortlichkeiten dem internationalen Auftrag des Hauses entsprechen und dürfen nicht nur national angelegt sein. Das Humboldt-Forum könnte das Modell einer weltoffenen Kulturpolitik werden. Dann darf es aber nicht wie bisher politisch ‚regiert‘ werden, sondern benötigt eine – international fundierte – Verantwortungsstruktur, wie sie deutscher kulturpolitischer Tradition gegenüber kulturellen Institutionen entspricht.

Kulturpolitik als Europapolitik

Europa braucht gerade in seiner jetzigen, durchaus krisenhaften Phase die Erfahrungen des Kulturellen. Europa braucht das Verständnis gemeinsamer Werte, die Gewissheit seiner Zusammengehörigkeit (‚Einheit in der Vielfalt‘). Europa braucht aber zugleich die Hochschätzung der unterschiedlichen kulturellen Verwurzelung in seinen Städten und Regionen (‚Vielfalt‘). Es ist eine kulturpolitische Anstrengung für Europa, das Eine mit dem Anderen zu verbinden.

Konkretes Beispiel: die *urban agenda* der Europäischen Kommission hat zum ersten Mal die aktive Rolle der Städte und Regionen für den Einigungsprozess Europas zu beschreiben begonnen. In den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen kommt die Dimension der Kultur nicht vor. Ebenso wenig ist bislang eine deutsche Initiative in eine solche Richtung bekannt.

Die Kulturnation Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten schwer getan, international oder auch nur im europäischen Kontext ihre Leistungsfähigkeit zur Verfügung zu stellen. Es gehört zum ‚Erwachsensein‘ eines Kulturministeriums, eben dies zu verwirklichen. Deutschland darf seine besondere föderale Leistungsfähigkeit nicht nur im ‚Innenblick‘ bewahren und entwickeln, sondern muss sie auch im gesamteuropäischen Kontext gemeinsam mit den anderen Partnern in Europa entwickeln.

Bildung

Kultur ist nichts ohne kulturelle Bildung – Bildung ist nichts ohne die Grundlage von Kultur. Diese überaus wichtige Querschnittsaufgabe muss vom Bund viel deutlicher als bisher verantwortet werden, ohne dabei die Bildungs- und Kulturaufgaben der Länder einzuschränken.

In beiden Bereichen braucht es neue Modelle der Zusammenarbeit: nicht getrennt, sondern kooperativ, in den Kompetenzen klar definiert und aufeinander aufbauend, um gemeinsam ein begabungsgerechtes Bildungssystem zu gewährleisten, das den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird.

Kulturelle und soziale Bildung können dabei ein Feld überraschend neuer Synergien bilden. Ziel muss es sein, umfassende kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, unabhängig von Bevölkerungsschicht oder Einkommen.

Die genannten Aspekte verdeutlichen, dass ein Bundeskulturministerium mehr werden muss als eine Mittel zuweisende Behörde. Es muss sich deutlich mehr um Inhalte und Grundsatzaufgaben kümmern: sich neuen, auch internationalen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen; Neues versuchen; auch Risiken eingehen; kurz, sich ‚kulturell‘ verhalten. Die Gründung eines eigenständigen Bundesministeriums mit erweiterten Zuständigkeiten bis hin zur auswärtigen Kulturpolitik muss jetzt beschlossen, zumindest aber konstruktiv diskutiert werden.

Berlin, Januar 2018

*Eckhardt Barthel, Wibke Behrens, Henry Bren d' Amour, Manfred Eichel, Gabriele Gornowicz, Volker Hassemer, Andreas Herrmann, Nele Hertling, Peter Raue, Andreas Richter, Brigitte Russ-Scherer, Jochen Sandig, Sven Sappelt, Elmar Weingarten, Herbert Wiesner
für das Forum Zukunft Kultur in der Stiftung Zukunft Berlin*

Kontakt: Anett Szabó, Stiftung Zukunft Berlin, Klingelhöferstraße 7, 10785 Berlin, Tel. +49 30 26 39 229 14, szabo@stiftungzukunftberlin.eu